Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum).
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 533. **Donnerstag** den 19. October 1899. **93. Jahrgang.**

Die „Los-von-Rom-Bewegung"

und die Bestrebungen für eine offenkundig clericale Wendung in der österreichischen Regierung.

Von Friedrich Rippold.

II.

Mein erster Artikel schloß mit dem Hinweis auf Rosegger's „Heimgarten", als die beste Quelle für das Verständniß sowohl der in den nicht jesuitisch dressirten Kreisen Deutsch-Oesterreichs herrschenden Anschauungen, als der ebenso tückischen wie kleinlichen Mittel, mit welchen der Klericalismus diese Anschauungen zu unterdrücken sucht. Der Ausspruch Rosegger's, man müsse sich beeilen, die Evangelien zu gebrauchen, so lange sie noch nicht auf den Index gesetzt seien, ist zu einem geflügelten Worte geworden. Aber es genügt nicht, wie es so häufig geschieht, das eine oder das andere Votum des großen Dichters und Volksfreundes zu colportiren. Man muß seine Zeitschrift wie seine selbstständigen Werke im Zusammenhang kennen, um wirklich in Deutsch-Oesterreich heimisch zu werden. Daneben aber giebt es für die Ziele der mit der deutschen Centrumspartei gemeinsam operirenden „katholischen Volkspartei" und ihres „christlich-socialen" Anhängsels noch eine zweite, kaum weniger lehrreiche Quelle, nämlich die österreichischen Correspondenzen der „Historisch-Politischen Blätter". Wenn auch die Stimmen Vogelsang's und Helfert's verstummt sind, so sind dafür andere Mitarbeiter an ihre Stelle getreten, die kaum weniger „zielbewußt" sind. Auch hier aber kommt es naturgemäß darauf an, wenigstens eine Anzahl der letzten Jahrgänge auf diese österreichischen Artikel hin anzusehen, sowohl in ihren Klageliedern als in ihren Zukunftsforderungen. Wenn es für die nächste Zeit kaum mehr bezweifelt werden kann, daß das verschämte clericale Regiment sich in ein offenkundiges zu verwandeln strebt, so dürfte es eben darum unumgänglicher als je sein, sich über die nächsten Zielpuncte desselben zu orientiren. Dieselben liegen obenan auf dem Gebiete der Schule. Neben den mancherlei parallelen Errungenschaften der clericalen Schulpolitik in Bayern, im Elsaß, in den preußischen Westprovinzen stehen die in Oesterreich bisher erreichten Ergebnisse einstweilen noch im Hintergrunde. Um so energischer sucht man auch dort das gleiche Ziel zu erreichen.

Der frappanteste Beweis für diese Thatsache liegt genau in der gleichen Zeit, in welcher die „katholische Volkspartei" dem Ministerium Badeni und seinen Sprachverordnungen den Rücken deckte, um sich dafür das übliche Trinkgeld auszubedingen. Denn dies versprochene Trinkgeld für die Auslieferung der Deutschen in Böhmen bestand eben in der clericalen Umgestaltung des Schulwesens. Seit der Grundlage der österreichischen Schulgesetzgebung in dem Gesetz vom 25. Mai 1868 und der weiteren Durchführung derselben in dem Gesetz vom 14. Mai 1869 haben die Angriffe der clericalen Partei auf die österreichische Schule eigentlich niemals aufgehört. Die neuesten Bekämpfungen derselben stützen sich vorzugsweise auf eine Schrift von Justus Verus, „Die österreichische Volksschule", Freiburg, Herder 1895. Dem gegenüber hat die Vertheidigung des gesetzlichen Bodens ihren Mittelpunct in dem großen deutsch-österreichischen Lehrerbunde, dessen Hauptorgan die österreichische Lehrerzeitung ist, von welcher die „Historisch-politischen Blätter" jammernd klagen, daß sie in 12 000 Exemplaren verbreitet sei.

Kaum hatte sich nun das Ministerium Badeni auf Grund der Sprachenverordnungen seine bekannte Mehrheit geschaffen, so kündigte die von Badeni inspirirte Thronrede auch sofort die Inangriffnahme einer sogenannten Schulreform an. Dieselbe erklärte ausdrücklich: „Die vornehmste Aufgabe der Schule wird jedoch deren erziehliche Thätigkeit bleiben. Diese in ihren Folgen wirksamer zu gestalten, soll durch entsprechende Einrichtungen in den Lehrerbildungsanstalten erreicht werden." Die in diesen Worten angekündigte Vorlage der Regierung ist in Folge der über die Sprachenverordnungen eingetretenen Wirren nicht erschienen. Um so eiliger aber hatte es die „katholische Volkspartei", selbst ihre Anträge zu stellen, die zugleich für den Proceß der Auseinanderzerrung des Staates in die verschiedenen Länder überaus symptomatisch genannt werden müssen. Der erste dieser Anträge bezweckte die Umgestaltung des seitherigen simultanen Schulwesens in ein confessionelles, der zweite die Uebertragung der gesetzlichen Regelung der Lehrerbildung, Lehreranstellung, Schulaufsicht, Lehrbücher u. s. w. auf die Landtage der einzelnen Kronländer. Der obersten Unterrichtsverwaltung sollte nur noch eine gewisse Einsichtnahme gestattet sein. Dabei gaben sich diese Anträge durchaus als von der „zur Rechten (Majorität) gehörenden katholischen Volkspartei" ausgegangen. Als Antragsteller figurirte in erster Reihe Dr. Ebenhoch. Er ist der jetzige Landeshauptmann von Oberösterreich.

Um heute den vollen Einblick in den Zusammenhang dieser Schulpolitik mit der Auslieferung der böhmischen Deutschen an die Tschechen völlig zu überschauen, ist unter den schon vorher im Allgemeinen empfohlenen Artikeln der „Historisch-politischen Blätter" besonders derjenige im elften Hefte des 122. Bandes (1898) überaus lehrreich. Hier heißt es unter Anderem ausdrücklich: „Eine Lösung muß kommen, so oder so. Sie läßt sich nicht aufschieben. Und wenn das Centralparlament seine Dienste versagt, werden die Landtage die Sache an die Hand nehmen müssen .... Einer weiteren Devastirung des religiösen Bewußtseins der katholischen Bevölkerung muß unter jeder Bedingung mit allen nur möglichen Mitteln gesteuert werden." Der Verfasser spricht ausdrücklich seine Freude aus über die durch die Thronrede „bei den Freunden eines christlichen Schulwesens" erweckte Hoffnung. Er sagt nicht mit seinem Lobe für Badeni: „Dies glaubt man um so eher erwarten zu dürfen, als der Ministerpräsident Graf Badeni im Rufe eines überzeugten Katholiken und energischen Charakters stand und ihm nachgesagt wurde, daß es ihm wirklich ernst sei mit der Lösung der Schulfrage in christlichem Sinne, und daß er nach oben und unten Einfluß genug hätte, etwaige Hindernisse und Schwierigkeiten zu überwinden." Er fährt dann weiter noch in höchst bezeichnender Weise fort: „Die auf Badeni gesetzte Hoffnung wurde noch genährt durch die bangen Befürchtungen, welche sich der liberalen Lehrerschaft bemächtigt hatten." Besonders ein Artikel der „Lehrerzeitung" vom 16. Mai 1897 wird zum Beleg für die in den Lehrerkreisen herrschende Furcht angeführt, „daß die österreichische Regierung für die Aufrichtung einer clericalen Schulherrschaft sich besonders einsetzen werde". Am bezeichnendsten von Allem aber ist die unverhohlene Furcht, daß es trotz allen guten Willens Badeni's einstweilen noch nicht so weit kommen werde: „Das wird sie (die österreichische Regierung) ganz gewiß nicht thun, dafür steckt noch zu viel josephinischer Bureaukratengeist in ihren Knochen, den auszutreiben auch ein noch so conservativer Ministerpräsident so bald nicht im Stande ist."

So das Urtheil eines unverfälschten Clericalen über das verschämte clericale Regiment. Seither ist Ebenhoch Landeshauptmann geworden. Sein Gesinnungsgenosse Dipauli hat, kaum daß er Handelsminister geworden war, dem verbündeten deutschen Reiche den bekannten parlamentarischen Fußtritt gegeben. Herr von Fuchs, seiner Zeit bei der „lex Falkenhayn" besonders betheiligt, galt neuestens als „neutral" genug, um die jüngste Komödie sogenannter Ausgleichspolitik zu inauguriren. Von größerem Einfluß noch ist der Clubobmann Dr. Kathrein. In welcher Weise er den gegenwärtigen Moment auszunutzen versteht, um hinter den Coulissen ähnliche Concessionen zu erlangen, wie die Centrumsabgeordneten bei der Berliner Bureaukratie, dafür ist eine Mittheilung des clericalen „Grazer Volksblatt" von Anfang September 1899 besonders lehrreich. Unter der Stichmarke „Beschwerden der katholischen Volkspartei" ist dieser Bericht auch in andere österreichische Blätter übergegangen, in Deutschland aber unseres Wissens völlig unbeachtet geblieben. Wir führen denselben daher im Wortlaute einer Correspondenz der „Neuen Freien Presse" vom 15. September 1899 hier an:

Wien, 14. September. (Beschwerden der katholischen Volkspartei.) In der letzten Sitzung der katholischen Volkspartei bildeten, wie das „Grazer Volksblatt" meldet, auch verschiedene Beschwerden und Wünsche in Bezug auf wirthschaftliche und administrative Angelegenheiten den Gegenstand der Berathung. Es wurde beschlossen, diese Gravamina den Ressortministern zur Kenntniß zu bringen. In Folge dessen begab sich Dienstag eine Deputation der Partei, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Tollinger, Platz, Hagenhofer und Wagner, unter Führung des Clubobmannes Dr. Kathrein zum Finanzminister Dr. Kaizl, um darüber Beschwerde zu führen, daß in vielen Orten die Grundbesitzer in ganz ungerechtfertigter Weise zur Einkommensteuer herangezogen werden. Abg. Wagner wies auch darauf hin, daß in einzelnen Veranlagungs-Bezirken insbesondere die Pfarrer in Bezug auf die Einkommensteuer in der willkürlichsten Weise behandelt werden. Der Finanzminister versicherte, die angeführten Fälle genau prüfen und überhaupt veranlassen zu wollen, daß bei Bemessung der Einkommensteuer dem Gesetze gemäß vorgegangen und insbesondere ein willkürliches Vorgehen der Beamten fernegehalten werde. — Die Abgeordneten Hagenhofer und Wagner wurden im Laufe des Tages auch noch von dem Minister-Präsidenten Grafen Thun, dem Handelsminister Baron Dipauli, Justizminister v. Ruber und dem Eisenbahnminister v. Wittek in Audienz empfangen, bei welcher Gelegenheit sie die Wünsche und Beschwerden der steirischen Bauernschaft im Allgemeinen und in einzelnen in Schwebe befindlichen Fragen zum Ausdrucke brachten. Bezüglich des Eisenbahnprojectes Hartberg-Alspang, welches von der Deputation zur Sprache gebracht wurde, erklärte der Eisenbahnminister, daß die Regierung den besten Willen habe, dasselbe ehestens zu verwirklichen, „aber", fügte er hinzu, „ich bitte, nicht zu vergessen, daß wir hiezu einen arbeitsfähigen Reichsrath brauchen."

Die in dieser Correspondenz erwähnten Audienzen haben in denselben Tagen stattgefunden, in welchen Graf Thun sich mit Herrn von Fuchs über dessen „Mission" verständigte. Wenn die letztere auch einstweilen gescheitert ist, so wird darum doch kein Verständiger glauben, daß jene Beziehungen hinter den Coulissen aufgehört haben. Und hinter den Parlamentariern der katholischen Volkspartei und der Lueger'schen „christlich-socialen" Wiener Stadtverwaltung, die von Cardinal Rampolla die Losung „Nur Muth" empfangen hatte, stehen die vielen Tausende von den Jesuiten in Kalksburg, Bregenz u. s. w. erzogenen Mitglieder der regierenden Kreise. Was diese österreichischen Jesuitengymnasien bedeuten, was sie leisten und nicht leisten, hat der große Prager Germanist Kelle seiner Zeit in zwei eigenen Schriften aus den archivalischen Quellen dargelegt. Aber wer kennt dieselben heute noch? Und doch gab es gewiß kaum ein deutlicheres Zeichen der Zeit, als daß das Gymnasium in Kalksburg gerade im letzten Jahre alle Rechte der Staatsgymnasien zugesprochen erhielt.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 18. October. („Klericale Parität".) Gelegentlich seiner in Nürnberg abgehaltenen Generalversammlung hat der Evangelische Bund ein Begrüßungsschreiben an den Prinzregenten von Bayern gerichtet, auf welches bekanntlich nachstehende Antwort ergangen ist:

„Se königl. Hoheit der Prinzregent haben die von der 12. Generalversammlung des Evangelischen Bundes an Allerhöchst dieselbe aus Nürnberg gerichtete herzliche Kundgebung huldvollst entgegen zu nehmen geruht und lassen hierfür ihren besten Dank entbieten. Im Allerhöchsten Auftrag (gez.) Freiherr v. Zoller, Generalleutnant, Generaladjutant."

Darob herrscht in der „Kölnischen Volkszeitung" helle Empörung; sie muß „unbedingt" annehmen, daß dem Prinzregenten über den Evangelischen Bund nichts weiter mitgetheilt war, als jene Begrüßungsdepesche oder doch nur die „corrigirten" Nürnberger Reden, und fragt dann mit dem üblichen Paritätsschrei:

Würde einem Katholikentage, der in ähnlicher Weise, wie der Evangelische Bund gegen den Katholicismus und gegen „Rom", gegen den Protestantismus tobte, die Protestanten im Sturme „Los von Wittenberg" zu reißen suchte und die höchsten Spitzen des Protestantismus mit den stärksten Angriffen bedächte, aus dem Geheimcabinet eines protestantischen deutschen Fürsten eine Antwort zu Theil werden, die auch nur annähernd so huldvoll gehalten wäre, wie diejenige des Generalleutnants v. Zöller?

Die Antwort darauf kann die „Köln. Volksztg." sich selbst geben, wenn sie ihre eigenen Berichte über den Reisser Katholikentag liest. Dort wird sie nicht nur die Schimpfreden gegen die Evangelischen und den Evangelischen Bund finden, den der brave Centrumsmann Gröber liebenswürdig als „Kläffer, der uns in die Waden beißt," bezeichnete, sondern auch ein Telegramm des Herrn v. Lucanus, in dem der protestantische Kaiser und König seinen Allerhöchsten Dank für den Huldigungsgruß des Katholikentages aussprechen ließ. Selbstverständlich findet kein Protestant etwas dabei, daß der Kaiser für ein vom Katholikentag empfangenes Huldigungstelegramm seinen Dank übermitteln läßt; die paritätssüchtige „Köln. Volkszeitung" aber kündigt an, daß das im Auftrage des Prinzregenten an den Evangelischen Bund gerichtete Dankestelegramm jedenfalls in der Kammer „zur Sprache gebracht werden" muß! Wenn das wirklich geschieht, so wird man ja hören, was die bayerische Regierung erwidert.

β. **Berlin**, 18. October. (Rennsport und Spielsucht; Aberkennung des Adels.). Das „Deutsche Adelsblatt" enthält in seiner neuesten Nummer zwei „Eingesandts" zum Proceß gegen die Harmlosen, deren eines einen beachtenswerthen Hinweis enthält, während das andere zum Widerspruch herausfordert. In dem zuerst erwähnten „Eingesandt" wird nämlich u. A. das Nachstehende ausgeführt: „Geht man an der Hand des Processes der Wurzel des Uebels nach, so findet man dieselbe auf den öffentlichen Rennplätzen. Dort ist der Sport vielfach zum Geschäft, zum Glücksspiel geworden. Der mühelos erworbene Gewinn hat dann das Glücksspiel mit den Karten und seine Consequenzen im Gefolge. Was nützt die Erziehung zu einer strengen Auffassung seiner Standes- und Berufspflichten, welche dem jungen Officier im Officiercorps zu Theil wird, wenn dieselbe auf den öffentlichen Rennplätzen zum Theil paralysirt wird durch den intimen Verkehr mit zweifelhaften Elementen, welche dort ihr Wesen treiben. Die breite Kluft, welche dem Officier von solchen Elementen trennt, sollte weder durch den Sport noch durch das Spiel überbrückt werden können. Hierher sollten die in diesen Dingen maßgebenden Stellen ihr Augenmerk lenken und energisch Wandel schaffen." Das ist gewiß zutreffend. Wandel aber wird sich so lange nicht schaffen lassen, als der Rennsport auf das System der Geldpreise nicht verzichten zu können glaubt. So oft Vorschläge auftauchten, welche für die Ersetzung der Geldpreise durch Ehrenpreise Propaganda machten, wurde geantwortet, daran sei mit Rücksicht auf die Pferdezucht nicht zu denken. Bei dieser Ansicht dürfte man auch jetzt noch beharren, und so wird denn nach wie vor, wenn auch nicht die Wurzel der Spielsucht und sonstiger Ausschweifungen, so doch eine sehr starke Wurzel dieser Uebel fortbestehen. — In dem zweiten „Eingesandt" des „Deutschen Adelsblattes" wird der Proceß gegen die Harmlosen zum Ausgangspuncte der Mahnung an den Adel genommen, „sich zusammenzuschließen, um sich einerseits gegen die Feinde ringsum zu wehren, andererseits seine Reihen zu mustern und Unwürdige auszuschließen, damit sie nicht im Stande sind, unseren ehrlichen Stand zu besudeln. Die Aberkennung des Adels ist das einzige radikale Mittel, um uns von solchen Elementen zu reinigen". — Eine derartige „Reinigung" mag für den Adel eine ebenso einfache wie angenehme Procedur sein. Die große Masse der Bürgerlichen jedoch, die im großen Ganzen auch Anspruch auf das Beiwort „ehrlich" haben, müssen sich für die hier vorgeschlagene Procedur höflichst bedanken. Zum Glück ist die Aberkennung des Adels nicht so einfach ins Werk zu setzen, wie der Einsender des „Deutschen Adelsblattes" anzunehmen scheint. In Preußen wenigstens ist für Namensänderungen — und darum

Feuilleton.

Technik und Wissenschaft.

Zur Hundertjahrfeier der Berliner Technischen Hochschule.

Von W. Berdrow (Cassel).

Nachdruck verboten.

Wenn wir unser ablaufendes Jahrhundert ins Auge fassen und für seine Bedeutung und seine hervorragenden Leistungen nach einem Maßstab suchen, welcher andere liegt uns näher, als der gewaltige Gang der Technik, deren Schritt ein Jahrzehnt nach dem anderen mit immer größeren Wundern erfüllt hat und demnach dem anbrechenden 20. Jahrhundert die größten, ungeahntesten Erfolge vorbehalten zu wollen scheint? Die Eisenbahn, die Dampfschiffahrt, die Rotationspresse, die Telegraphie, die Elektrotechnik, sie haben umwälzend, umgestaltend nicht nur auf ein Volk, auf eine Generation, sondern auf die Menschheit, auf Jahrhunderte gewirkt. Und wenn die größte und besuchteste der Hochschulen Deutschlands in diesen Tagen unter der Theilnahme der ganzen gelehrten und praktischen Welt festlich die Hundertjahrfeier des Tages begehen will, da ihre Wiege an den Ufern der Spree aufgestellt wurde, wenn ihr bei dieser Gelegenheit als äußeres Zeichen der veränderten Bedeutung der von ihr und ihren Schwesteranstalten gepflegten Wissenschaften die Berechtigung zur Verleihung des Doctorgrades gegeben wird, wer wollte leugnen, daß diese Feier dem Anlaß, diese Ehrung den Verhältnissen entspricht?

Die systematische Schulung in den technischen Wissenschaften, die volle Anerkennung der Bedeutsamkeit des Ingenieurfaches für das öffentliche Wohl ist verhältnißmäßig jung. Bei den Griechen und Römern lag die Pflege der Technik in Sklavenhänden, dann starb sie mit wenig Ausnahmen völlig aus, um in Handwerkerkreisen wieder zu erstehen. Ja, als die Zünfte blühten, war die Technik gewissermaßen vogelfrei und sie war es eigentlich bis in die neuere Zeit. Alle Berufe fühlen sich berechtigt, über sie zu urtheilen, aber auch aus allen Kreisen und Schichten sind ihr Anregungen gekommen.

Am Ende des 18. Jahrhunderts wuchsen die der Baukunst, dem Straßenwesen und Maschinenbau gestellten Aufgaben; das eigene Fachleben der Technik begann sich zu regen, und es entstanden die ersten Schulen, in denen es zielbewußt gepflegt wurde, im Jahre 1794 in Paris die Ecole polytechnique, 1799 in Berlin die königliche Bauakademie, jene erste Pflanzstätte technologischer Wissenschaften in Deutschland, aus der, im Verein mit dem 1821 begründeten Technischen Institut, der Schöpfung Beuth's, die heutige Hochschule erwachsen sollte.

Die alten bescheidenen Gewerbeinstitute, welche Rolle spielt ihnen gegenüber die gewaltige moderne Hochschule, die an Besucherzahl innerhalb Deutschlands nur von den Universitäten Berlin, München und Leipzig übertroffen wird! Peter Christian Wilhelm Beuth, dem kernigen Mann der Praxis im preußischen Staatsministerium der 20er bis 40er Jahre, wird stets der Ruhm bleiben, Gewerbe und Industrie des Staates von Grund aus umgeschaffen zu haben. Sein weiter, großer Blick für das Praktische und Nothwendige hat zu dem industriellen, die Wohlfahrt Preußens fördernden Aufschwung jener Jahre das Meiste beigetragen. Belebung des Handwerks und der Fabrikthätigkeit, Unterstützung der noch so neuen Ausstellungen, Niederlegung der älteren Erfahrungen und neuen Erfolge der Technik in guten Lehrbüchern, Entsendung tüchtiger Kräfte ins Ausland zur Aneignung neuer Fortschritte, das waren die Mittel, mit denen er wirkte. Ein Pfadfinder ist Beuth nicht gewesen. Einen seiner größten Schüler, der später als eine der markigen Riesengestalten am Beginn des deutschen Maschinenbaus stand, Johann Karl Borsig, hat er so wenig verstanden, daß er ihm rieth, das Gewerbeinstitut zu verlassen, es würde doch nichts aus ihm in diesem Fache. Das hinderte ihn nicht, seinen Schülern später Borsig's Maschinenfabrik als eine Musteranstalt wiederholt zu zeigen. Dann revanchirte sich Borsig für die alte Unbill, indem er Beuth's schlechte Prophezeihung lachend seinen Eleven erzählte und hinzufügte: „Jetzt kommt er, der grobe Alte, um seinen Schülern eine ordentlich geleitete Fabrik zu zeigen." Auch beim Aufkommen der Eisenbahn versagte Beuth's Scharfblick. Als ihn der Inspector Neuhaus um Urlaub nach England bat, um die Eisenbahnen an ihrer Wiege zu studiren, fertigte ihn der „grobe Alte" mit den Worten ab: „Lieber Neuhaus, ich habe Sie bis jetzt für einen vernünftigen Menschen gehalten, aber ich fange an, daran zu zweifeln."

Ist es heute besser geworden mit der Fühlung zwischen den Männern der technischen Wissenschaften und denen der Praxis? Wir erwidern unbedenklich: ja. Nicht nur, daß die Führer der studirenden Jugend mit den Stätten, wo die technischen Großthaten unserer Zeit ausgefochten werden, in engerer Berührung stehen und sie vielfach mit den Resultaten ihrer Forschungen befruchten, manche wichtige Erfindung und Verbesserung ist auch unmittelbar aus den Laboratorien der Hochschul-Professoren hervorgegangen. Daß letztere überall an der Spitze der ausführenden Technik stehen, wird Niemand verlangen. Bleibt ihnen doch neben dem verantwortungsvollen Lehramt verschwindend wenig Zeit zur eigenen Forschung, zum Selbststudiren auf einem Gebiete, dessen reißende Fortschritte unaufhörliche Weiterbildung mehr als jedes andere Feld des Unterrichtswesens beanspruchen. Kein Borsig oder Schichau, kein Siemens oder Krupp hätte die glänzenden Erfolge seiner praktischen Laufbahn je in den Fesseln des akademischen Berufs erreichen können.

Um so gewisser ist es aber, daß zahlreiche hervorragende Leistungen von eminent praktischer Bedeutung, zahlreiche Winke, die den Weg ganzer Industriezweige beeinflußt haben, aus den Laboratorien der technischen Hochschulen oder den physikalischen Cabinetten der Universitäten hervorgegangen sind. Die neue elektrische Glühlampe von Nernst ist nur ein, freilich wohl das nächstliegende Beispiel dieser Anregungen der Technik durch die reine Wissenschaft. Wenn die chemischen Industrien in Deutschland eine höhere Stellung einnehmen, als irgendwo in der Welt, so verdanken sie das in erster Linie der vom Auslande längst anerkannten, mustergiltigen wissenschaftlichen Schulung der jüngeren Generation von Technikern, die auf unseren Hochschulen ihre Ausbildung erhalten haben.

Von den Vertretern der Universitäten ist gegen die Ansprüche der technischen Hochschulen, ihnen als gleichberechtigt zur Seite gestellt zu werden, lange eingewandt worden, daß der vorwiegend aufs Praktische gerichtete Bildungsgang der Hochschulen, der sie zu Fachschulen stemple, sich mit den universellen, rein wissenschaftlichen Bestrebungen der Universität nicht in eine Linie stellen lasse. Der Rector der Berliner Technischen Hochschule hat noch jüngst in einer glänzenden Vertheidigungsrede den allgemein bildenden Charakter des polytechnischen Unterrichts unter Hervorhebung der mannigfaltigen Berührungspuncte zwischen der Technik und der Nationalökonomie, Rechtspflege und anderen Wissensgebieten beleuchtet, aber bedarf es dieser Rechtfertigung überhaupt? Sind nicht längst die technischen Berufszweige gerade durch ihre tausendfältige Berührung mit dem praktischen Leben für das Allgemeinwohl unendlich wichtiger geworden als Jurisprudenz, Philologie, Medizin und selbst die reine Naturforschung? Ist der Techniker, der durch Entwässerung von Sümpfen oder Herbeileitung gesunder Quellwässer ganze Districte assanirt, der durch Anlagen von Thalsperren den Volkswohlstand hebt und durch Stromcorrectionen und Quellenverbauung unendliches Elend verhindert, an sich weniger werth, als der Mann der Wissenschaft, der die Krankheiten erst zu bekämpfen sucht, wenn ihre zerstörende Wirkung schon vorgeschritten ist, und der bei den Ueberschwemmungen scharfsinnig nachweist, woher sie entstanden sind? Der ganze Geist unserer Zeit protestirt laut gegen eine solche Anschauung.

Hundert Jahre werden es in diesen Tagen, daß die Bestrebungen, die technische Schulung durch einen planmäßigen Unterricht zu heben, sich in Deutschland Bahn brachen. Viel Ehrenbezeugungen werden der Technik und ihren Jüngern bei dieser Gelegenheit erwiesen werden, aber wer den Geist unserer Zeit verstanden hat, wird sagen, es kann für die Männer, die den größten Umschwung herbeigeführt haben, von dem die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts wird zu berichten wissen, der Ehrungen nicht leicht zu viel werden!

SLUB
Wir führen Wissen.